

Liebe Leserinnen und Leser,



die Sommerpause ist vorüber, der Urlaub liegt schon einige Tage zurück die Schule hat wieder begonnen und auch die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion sind wieder voll in ihre Arbeit eingestiegen. Bereits letzte Woche tagte die SPD-Landtagsfraktion drei Tage auf Herbstklausur im oberfränkischen Kulmbach, um die Arbeitsschwerpunkte für die kommenden Monate festzulegen. Motto, mit dem wir als Fraktion mit Elan ins neue Parlamentsjahr starten: „Aktive Politik für ländliche Räume in Bayern – Land im Gleichgewicht“. Hierzu haben wir die sogenannte „Kulmbacher Erklärung“ verabschiedet (s. S. 2).

So wächst, natürlich in enger Zusammenarbeit mit der BayernSPD und mit unserem Spitzenkandidaten Christian Ude, Schritt für Schritt unser Programm, mit dem wir ein gerechteres Bayern und den Regierungswechsel in einem Jahr erreichen wollen.

Christian Ude war wieder bei unserer Klausurtagung dabei, wie er überhaupt in letzter Zeit häufig bei uns in Franken zu Gast war. Dies wird sich auch in den kommenden Monaten nicht ändern, ich freue mich deshalb noch auf zahlreiche gute Veranstaltungen mit unserem Spitzenkandidaten in unserer Region. Dadurch zeigen wir deutlich, dass ihm und uns sämtliche Regierungsbezirke gleichermaßen am Herzen liegen!

Wichtige Themen haben wir gesetzt, sei es in der Bildungspolitik, in der Regionalförderung oder in der Wirtschaftspolitik. In den kommenden Wochen stehen die Nominierungen für Landtags- und Bundestagskandidaten an. Das Superwahljahr mit Bundestagswahlen, Landtags- und Bezirkstagswahlen im September 2013 wirft seine Schatten voraus. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit einem starken Team unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern unsere Programme, Themen und Vorschläge für Bund, Bayern und Mainfranken zu vermitteln.

Aber nun darf ich Ihnen und Euch erst einmal eine interessante Lektüre und schöne Herbstwochen wünschen!

Mit herzlichen Grüßen
Ihr und Euer



Volkmar Halbleib, MdL
Abgeordneter für Stadt Würzburg, Landkreis Würzburg, Landkreis Kitzingen

Inhaltsübersicht:	Kulmbacher Erklärung der SPD-Landtagsfraktion	Seite 2
	Veranstaltungen im Rückblick	Seite 3
	Aktivitäten vor Ort	Seite 7
	Meine Tätigkeit als finanzpolitischer Sprecher	Seite 10
	Aufgemerkt: Termine und Veranstaltungshinweise	Seite 11

Kulmbacher Erklärung der SPD-Landtagsfraktion

Für ein Bayern im Gleichgewicht

SPD-Landtagsfraktion verabschiedet Kulmbacher Erklärung zur Förderung des ländlichen Raums - Designierter Spitzenkandidat Ude: Kommunen müssen profitieren, wenn der Staat Schulden abbaut



Der Vorstand der BayernSPD-Landtagsfraktion am Rande der Klausurtagung in Kulmbach: Harald Gülller, Inge Aures, Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Franz Maget und Volkmar Halbleib.

Die SPD-Landtagsfraktion hat bei ihrer Klausurtagung die Kulmbacher Erklärung „Aktive Politik für ländliche Räume in Bayern – Land im Gleichgewicht“ verabschiedet. Der designierte Spitzenkandidat Christian Ude sprach sich bei einer Pressekonferenz in Kulmbach für ein „Bayern im Gleichgewicht“ aus. Zugleich attestierte er der Staatsregierung eine Politik der Spaltung und stellte fest: „Eine Politik der Entsolidarisierung ist in keiner Weise hilfreich.“ Sich um Ausgleich zu bemühen, liege im Interesse aller Regionen Bayerns. „Es gibt keinen Interessengegensatz zwischen dem ländlichen Raum und den Städten.“

Ude forderte die Staatsregierung auf, bei ihrer Entschuldungspolitik die Kommunen zu berücksichtigen. Derzeit baue der Staat auf Kosten der Kommunen Schulden ab. Ude: „Wenn die Staatsregierung Schulden abbaut, muss das auch den Kommunen zugute kommen.“

Die SPD-Landtagsfraktion fordert in ihrer Kulmbacher Erklärung einen Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen im ländlichen Raum. Viele Städte und Gemeinden sind wegen der Defizite der Regional- und Strukturpolitik und oft ohne eigenes Fehlverhalten ins Minus geraten und haben keine Chance, aus eigener Kraft wieder aus den roten Zahlen herauszukommen. Die SPD-Landtagsfraktion wird einen Investitions- und Entschuldungspakt für notleidende Kommunen in Bayern initiieren, der den Gemeinden im ländlichen Raum hilft. Die SPD sprach sich zudem für die Einführung von sogenannten Regionalbudgets aus, da die Menschen vor Ort am besten wissen, wie die knapper werdenden Fördergelder effizient und nachhaltig eingesetzt werden können.

Die gesamte Kulmbacher Erklärung der SPD-Landtagsfraktion vom 11. September 2012 finden Sie hier:

http://www.spd-landtag.de/download/PK12/120911Laendl_Raum2.pdf

Veranstaltungen im Rückblick – Eine Auswahl

GBW-Mieter in der Region müssen weiterhin auf eine Entscheidung warten

Halbleib: Beste Lösung ist die Übernahme der Wohnungen durch den Freistaat

Auf Einladung des Kitzinger Ortsvereinsvorsitzenden Dr. Dirk Dantz referierte MdL Volkmar Halbleib, stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses sowie Mitglied der Landesbank-Kommission, am 3. August 2012 über den aktuellen Stand des GBW Verkaufs.

Die Bayerische Landesbank soll nach dem Willen der Staatsregierung ihren 92-Prozent-Anteil an Bayerns größter Wohnungsgesellschaft GBW aufgeben. Diese Wohnungsbaugesellschaft hat rund 33.000 Wohnungen und 83.000 Mieter in ganz Bayern, davon auch etwa 3.450 Wohnungen in Unterfranken und davon wiederum fast 950 in Würzburg, über 200 im Landkreis Würzburg etwa 630 im Kitzinger Landkreis. Das heißt, mehrere Tausend Menschen sind in unserer direkten Umgebung betroffen.

In seinem eindringlichen Vortrag fokussierte sich Volkmar Halbleib auf die Entstehung der Situation und auf die aktuellen Aussichten für die Mieter. Es wurde allen Zuhörern klar, dass die jahrelangen Versäumnisse der Staatsregierung bei der Bayern LB jetzt dramatische Auswirkungen auf völlig unbeteiligte Mitbürgerinnen und Mitbürger, d. h. GBW Mieterinnen und Mieter, haben.

Im weiteren Verlauf des Abends ging Volkmar Halbleib genauer auf die Situation der Mieter ein. Die SPD fordert eine einzelvertragliche Ergänzung der Mietverträge, damit wäre auch ein Mieterschutz bei einem Eigentümerwechsel, sprich Einstieg eines Investors gegeben. Dies ist notwendig, die bessere Lösung aus Sicht der SPD ist jedoch, die GBW weiterhin im Rahmen eines staatlichen Auftrages zu führen. Volkmar Halbleib erinnert in diesem Zusammenhang an den Artikel 106 der bayerischen Verfassung:

Artikel 106 Anspruch auf angemessene Wohnung; Unverletzlichkeit der Wohnung

- (1) Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.
- (2) Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.
- (3) Die Wohnung ist für jedermann eine Freistätte und unverletzlich.

Die Idee der Staatsregierung, dass die Kommunen eine gemeinsame Bietergemeinschaft bilden und in die GBW einsteigen, ist tatsächlich nur eine vordergründige Lösung. Eine genauere Analyse zeigt auf, dass auch ländliche Kommunen betroffen sind, die überhaupt nicht die Finanzkraft für einen Einstieg haben.

Zwischenzeitlich konnte Dr. Dirk Dantz Halbleib mehrere Hundert Unterschriften überreichen, die dem Finanzministerium zugeleitet wurden, die die Besorgnis der Mieter unterstreichen (siehe Bild rechts).



„Stabilität muss Vorrang vor Rendite haben!“

MdL Volkmar Halbleib über Finanzpolitik und Patient Euro

Es war das letzte von insgesamt sechs Bürgergesprächen, zu denen die SPD Rhön-Grabfeld in Zusammenarbeit mit ihren Ortsvereinen in diesem Sommer eingeladen hatte: Der SPD-Landtagsabgeordnete Volkmar Halbleib und Roland Schmautz, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Bad Neustadt, stellten am 04. September in Bahra das Thema „Rettet der Fiskalpakt den Euro? – Finanzpolitik auf dem Prüfstand“ in den Mittelpunkt.

Halbleib ging der Frage nach, wie es gelingen könne, die europäische Währung wieder in ruhigere Gewässer zu führen. Dabei betonte er, dass Deutschland als Exportnation von der Einführung des Euro sehr profitiert habe. Kritische Worte äußerte er zum Umgang mit dem komplexen Thema, das in vielen Talkshows rein populistisch abgehandelt werde, ohne dass Informationen fließen und die Zusammenhänge deutlich werden würden. Letzteres sei aber enorm wichtig, zumal die Dimensionen für den Laien kaum noch vorstellbar und die Ursachen der Krise zu vielschichtig seien.

Der Landtagsabgeordnete räumte ein, dass es aufgrund dessen wohl kein Patentrezept gebe, sicherlich aber Perspektiven. Der Patient „Eurozone“ gesunde nicht, indem man die Banken kollabieren lasse. Das führe zu noch gravierenderen Einschnitten. Halbleib warnte auch vor Stammtischparolen wie „Griechenland raus, dann haben wir keine Probleme mehr“. Weil er der Ansicht ist, dass es sich nicht um eine Eurokrise handelt – „der Euro ist stabiler als es die D-Mark war“ –, sondern um eine Finanzierungskrise der Staaten mit vielen Ursachen, müsse langfristig eine koordinierte Fiskalpolitik auf europäischer Ebene her, die eine Finanzaufsicht der Banken gewährleiste. Wenn die EU wirtschaftlich und politisch stark sein soll, brauche es in den nächsten zehn Jahren eine Vergemeinschaftung innerhalb der europäischen Staaten, ist sich der Finanzexperte Halbleib sicher.

Auch Roland Schmautz, ab April 2013 Vizepräsident des Bayerischen Sparkassenverbandes, plädierte für eine Art „Vereinigte Staaten von Europa“. Zum Thema Finanzaufsicht warnte er jedoch davor, anhand einer zentralen Kontrolle durch die EZB, alle Banken und Kreditinstitute über einen Kamm zu scheren. Nur rund 40 bis 50 Banken seien systemrelevant. Wenn durch eine europäische Bankunion Kreditinstitute wie die Sparkasse für das Tun anderer haftbar gemacht würden, seien letztendlich die Sparer die Leidtragenden. Aktuell müsse die Verfügbarkeit, Stabilität, Liquidität und Sicherheit Vorrang vor den Renditen haben, so der Experte.



Finanzexperten: SPD-MdL Volkmar Halbleib (2. von links) und der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Bad Neustadt, Roland Schmautz (2. von rechts). Mit im Bild: SPD-Kreisvorsitzender Matthias Kihn (links), Stadträtin Karoline Karg (Mitte), der Vorsitzende der SPD in Bad Neustadt, Janis Heller (3. von rechts) und Bürgermeister Eberhard Streit (rechts).

Von Krise keine Spur!

Rinderspacher und Halbleib besichtigen Brose in Würzburg und Franken Guss in Kitzingen

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Markus Rinderspacher, besuchte am 3. August 2012 im Rahmen seiner Industrie-Sommertour 2012 drei Unternehmen in Unterfranken. Die Industrietour führte Rinderspacher bis zum 8. August in alle sieben bayerischen Regierungsbezirke mit Besuchen in diversen Betrieben verschiedener Branchen. Bei der Tour durch Unterfranken ging es um die Branche Autozulieferung. So besuchte Rinderspacher gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen Volkmar Halbleib und Sabine Dittmar ZF in Schweinfurt, Brose in Würzburg und Franken Guss in Kitzingen.

Bei Brose in Würzburg erfuhren die SPD-Politiker von Reinhard Kretschmer, Geschäftsführer der Elektromotorensparte, Erfreuliches: Die europäische Wirtschafts- und Währungskrise hat das Familienunternehmen bislang nicht erreicht. Im Gegenteil, der Automobilzulieferer wächst und die Zukunftsprognosen sind äußerst positiv. Weltweit beschäftigt Brose rund 20.000 Mitarbeiter. Entwickelt und produziert werden mechatronische Produkte wie Elektromotoren für alle Bereiche im Automobil sowie Sitz-, Tür- und Schließsysteme. Für 2012 strebt das Unternehmen einen Umsatz von 4,4 Milliarden Euro an. Der Geschäftsbereich Motoren mit seiner Zentrale in Würzburg steuert dazu voraussichtlich ein Viertel bei. Seit 2008 sind am Standort Würzburg die Umsätze von 350 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 520 Millionen Euro und die Mitarbeiterzahl von 1539 auf 1700 im laufenden Jahr gestiegen. Seit der Übernahme des Standortes Würzburg hat Brose hier nach Angaben von Reinhard Kretschmer rund 100 Millionen Euro investiert.



Bei Brose:
v.l.: Volkmar Halbleib, Werkleiter Jörg Rödel, Geschäftsführer Reinhard Kretschmer, Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher und Betriebsratsvorsitzender Willi Sedelmayer.
(Bild: Brose)



Bei Franken Guss:
Dr. Achim Keidies (Leiter der Aluminiumgießerei) mit Volkmar Halbleib und Markus Rinderspacher.

Und auch bei Franken Guss in Kitzingen bekamen die SPD-Politiker von Rainer Bosky, dem kaufmännischen Leiter der Gießerei, erfreuliche Zahlen mitgeteilt: War das Werk 2008 noch von der Schließung bedroht, konnte sich die 2009 neu gegründete Franken Guss inzwischen erfolgreich auf dem Markt etablieren. Für führende deutsche Automobilhersteller und andere Industrieunternehmen stellt die Gießerei in Kitzingen Gussteile aus Aluminium und Eisen her. Insgesamt arbeiten 580 Mitarbeiter bei Franken Guss, 92 davon als Angestellte, 37 in der Ausbildung. Das Geschäftsjahr 2011 konnte, wie auch die beiden Jahre vorher, positiv abgeschlossen werden. Die Prognosen für das laufende Geschäftsjahr sind ebenso positiv, der Umsatz liegt bei ca. 74 Millionen Euro in der ersten sieben Monaten.

Wie Bosky ausführte, seien es vor allem die Mischung aus Flexibilität, Vielseitigkeit, sehr gutem Kundenservice, hervorragendem Know-how und die Spezialisierung darauf, maßgeschneiderte Lösungen aus Eisen- und Aluminiumguss an einem Standort bieten zu können.

Rinderspacher zeigte sich nach den Besichtigungen beeindruckt: „Unternehmerischer Mut und Sachverstand haben in allen drei Betrieben zu einem für die gesamte Region wichtigen Erfolg geführt. Landes- und Bundespolitik sind um so mehr in der Pflicht, die allgegenwärtigen Probleme der Wirtschafts- und Eurokrise zu beheben oder zumindest soweit zu mindern, dass ein solcher Erfolg nicht gefährdet wird.“

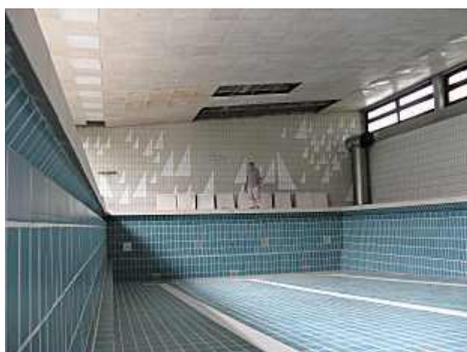
Impressionen von der Würzburger Zwiebelkirchweih am 24. August 2012



Aktivitäten vor Ort

Kein Staats-Geld für marode Hallenbäder in Bayern

Volkmar Halbleib: CSU und FDP lassen Kommunen im Stich



Ebbe in der Kasse, Ebbe im Schwimmbad, kein seltenes Bild in bayerischen Kommunen.

Die CSU ist offenbar nicht bereit, den Kommunen bei der dringend notwendigen Sanierung ihrer in die Jahre gekommenen Hallenbäder zu helfen. Im Haushaltsausschuss haben die Vertreter der CSU zusammen mit der FDP den Antrag der SPD abgelehnt, mit dem die Staatsregierung aufgefordert werden sollte, sich für mehr finanzielle Fördermöglichkeiten zur Sanierung von Hallenbädern in kommunaler Trägerschaft zu verwenden.

"Das ist ein weiterer schlagender Beweis dafür, wie weit Anspruch und Wirklichkeit bei der CSU im Hinblick auf ihre angebliche Kommunalfreundlichkeit auseinanderklaffen", kommentiert SPD-MdL Volkmar Halbleib, der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, das Abstimmungsverhalten der CSU. Nur ein CSU-Abgeordneter hatte mit der Opposition gestimmt.

Nur ein CSU-Abgeordneter hatte mit der Opposition gestimmt.

Die SPD-Ausschussmitglieder hatten in der Sitzung darauf hingewiesen, dass seit 1995 ausschließlich aus finanziellen Gründen in Bayern 100 kommunale Bäder - davon 69 Hallenbäder - geschlossen werden mussten und damit zentrale Elemente der Infrastruktur für Freizeit, Erholung und Tourismus vor allem kleinerer Kommunen im ländlichen Raum verloren gingen. Außerdem wurde seitens der SPD darauf hingewiesen, dass nach Berechnungen der Wasserwacht nur noch 38 Prozent der Grundschul Kinder schwimmen können.

„Ich möchte nur an das geschlossene Hallenbad in Rimpfing erinnern oder an den harten, seit Jahren andauernden Kampf der Stadt Würzburg um die eigenen Schwimmbäder. Das Schwimmbad in der Lindleinsmühle ist das beste Negativbeispiel. Die CSU verschließt in unverantwortlicher Weise die Augen vor der Wirklichkeit und lässt die Kommunen im Stich“, so Halbleib.

Auch in der Region: Schulanfang mit Schwierigkeiten

Lehrerausstattung und Ganztagsklassen an vielen Schulen unbefriedigend



Zu wenig Lehrpersonal, übergroße Klassen, Stundenausfall, fehlende Ganztagsklassen und drohendes Schulsterben – das sind Probleme, die nach Einschätzung des Würzburger Landtagsabgeordneten Volkmar Halbleib den Schulstart auch in der Region Mainfranken begleiten: „So viele Brandbriefe und Hilfesuche von Eltern, Lehrerverbänden, Schulleitungen und Kommunen, mit denen von Kultusminister Dr. Spaenle Verbesserungen gefordert wurden, gab es noch nie.“

Das stehe in merkwürdigem Gegensatz zur Erklärung der Staatsregierung, es gebe mehr Lehrer. „Nur kommen in den Schulen vor Ort leider keine spürbar an. Die Realität an vielen Schulen ist leider eine ganz andere, nämlich die einer Mangelverwaltung“, schätzt der Abgeordnete die Situation ein.

Dabei sind nach Einschätzung Halbleibs, der auch stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschuss im Landtag ist, die Probleme leider hausgemacht. Noch bei den letzten Haushaltsberatungen im März 2012 hätten auch die CSU- und FDP-Mandatsträger aus der Region die dringend erforderliche Verbesserung der Lehrerausstattung abgelehnt. „Jetzt will man zwar nachbessern, aber aktuell müssen auch die Schulen in der Region mit den negativen Konsequenzen kämpfen“, bedauert Halbleib. Sorgen machen dem Politiker vor allem die Mittelschulen sowie die kleinen Grundschulen in der Region, aber auch die Klassenstärken an den weiterführenden Schulen. Seit Jahren kämpft Halbleib mit Eltern und Kommunen für mehr Lehrkräfte und für den Erhalt v.a. kleinerer Schulen auf dem Land. Als Beispiele führt er die Schulen in Frickenhausen, Greußenheim, Hausen und Gaukönigshofen an. Gerade war es in Greußenheim leider –trotz Einsatzes an oberster Stelle- nicht gelungen, den Grundschulstandort dauerhaft zu erhalten, im Schuljahr 2012/2013 gibt es dort erstmals keine erste Jahrgangsstufe mehr.

Eine weitere Baustelle der Bildungspolitik ist für Halbleib die nach wie vor geringe Zahl der gebundenen Ganztagsklassen. Bayern habe im Ländervergleich mit 6,8 Prozent die dritt niedrigste Quote von Ganztagschülern im Grund- und Mittelschulbereich. Der Bundesdurchschnitt liegt hier bei 22,8 Prozent. Auch bei Realschulen und Gymnasien sehe es in Bayern schlecht aus: nur 2,8 Prozent aller Realschüler in Bayern, und nur 2 Prozent aller Gymnasiasten kommen in den Genuss einer gebundenen Ganztagsklasse.

Erfolgreiches Pilotprojekt geht weiter!

Parteiübergreifender Einsatz für „Vertiefte Berufsorientierung“



Das seit fünf Jahren mit großem Erfolg laufende Projekt „Vertiefte Berufsorientierung an Mittelschulen“ geht weiter, allerdings in der altbewährten Form nur im Landkreis Würzburg. Die Berufsorientierung hilft mit fest angestelltem Fachpersonal Mittelschülern, Praktikums- und Ausbildungsstellen zu finden und begleitet die Jugendlichen in dieser außerordentlich wichtigen Phase ihrer Schullaufbahn.

Ursprünglich ist das Pilotprojekt mit Ende dieses Schuljahres 2011/1012 ausgelaufen. Finanziert wurde es bislang zur Hälfte vom Bayerischen Kultusministerium und der Bundesagentur für Arbeit. Der SPD-Kreisrat und Landtagsabgeordnete Volkmar Halbleib hatte sich, gemeinsam mit anderen Landespolitikern der Region, mehrfach beim Kultusministerium für eine Fortführung des Projektes und für eine finanzielle Beteiligung des Freistaats eingesetzt.

Aber auch die hohen Erfolgsquoten, wie z.B. 98 Prozent Vermittlungsquote in Rimpar oder sogar 100 Prozent in Veitshöchheim, konnten die Staatsregierung nicht überzeugen. Nun finanziert der Landkreis Würzburg die „Vertiefte Berufsorientierung“ selbst.

„Es wäre verwerflich gewesen, das Projekt in seiner bisherigen, überaus erfolgreichen Form einzustellen oder zu ändern. Jeder Cent, den wir dafür ausgeben, ist sinnvoll investiert“, so Halbleib. Die Maßnahme, die jährlich 250.000 Euro kostet, ist nun eine freiwillige Leistung im Bereich der Jugendhilfe des Landkreises Würzburg.

Einsatz für Schuldner- und Insolvenzberatung in der JVA Würzburg **Fortbestand gesichert**

Seit 15 Jahren führt die Christophorus-Gesellschaft in Würzburg die Schuldner- und Insolvenzberatung in der Justizvollzugsanstalt Würzburg durch und ist so eine unerlässliche Stütze für die Resozialisierung einer Vielzahl von verschuldeten Inhaftierten. Der Bedarf an der Beratung ist ungebrochen hoch.

Aus dem Jahresbericht 2010 der Christophorus-Gesellschaft ging hervor, dass sich die Jahreskosten der Beratungsstelle, die mit einer Beratungsfachkraft und zwei Verwaltungskräften besetzt ist, auf ca. 91.000 € belaufen. Die Kostendeckung erfolgte bisher überwiegend aus Eigenmitteln. Der Fortbestand dieser Beratungsstelle konnte jedoch nur durch eine staatliche Förderung i.H.v. 90% der genannten Kosten sichergestellt werden.

Daher setzte sich SPD-MdL Halbleib beim Bayerischen Justizministerium nachdrücklich für die Kostenübernahme durch den Freistaat ein und unterstützte das Förderanliegen der Christophorus-Gesellschaft. Das Konzept der Schuldner- und Insolvenzberatung ist seiner Ansicht nach absolut überzeugend. Zudem übernimmt die Gesellschaft in der Region Würzburg in vielen Bereichen gemeinnützige Aufgaben, bietet vielen notleidenden Menschen diakonisch-caritative Hilfe und ist daher ein zentraler Baustein für den sozialen Halt des örtlichen Gemeinwesens.

Halbleib konnte nun Erfolg in dieser Angelegenheit vermelden: er erhielt vom Ministerium die Zusage, dass in den nächsten Doppelhaushalt entsprechende Mittel zur Fortführung der Beratung eingestellt werden sollen.

Maximalen Förderung für den Zeller Bock **Freistaat bezuschusst Neubau mit 17 Millionen Euro**

Die Stadt Würzburg hat das Planfeststellungsverfahren mit höchster Dringlichkeit durchgeführt. Da auf die Stadt Würzburg vor allem aufgrund der Auflagen in der Planfeststellung sehr hohe Kosten zukommen, nach jetzigem Stand deutlich mehr als 20 Millionen Euro, wird das Bauvorhaben für die Stadt nur mit einer maximal möglichen Förderung des Freistaates realisierbar sein.

Der SPD-Haushaltsexperte und Finanzpolitiker Halbleib setzte sich daher von Anbeginn der Planungen für eine höchstmögliche Förderung seitens des Freistaates ein. Mit Erfolg: Diese wird wegen der Besonderheiten des Falles und wegen der nach wie vor schwierigen Haushaltslage der Stadt insgesamt 80% der förderfähigen Kosten umfassen.

Dabei wird auch berücksichtigt, dass diese Maßnahme nicht nur der Stadt Würzburg, sondern ebenso für die Landkreise Würzburg und Main-Spessart erhebliche Verbesserungen ihrer Verkehrssituationen bringen wird.

Zwischenzeitlich hat Staatssekretär Eck den Förderbescheid für den Ausbau in Würzburg persönlich überreicht, der Freistaat fördert den Neubau mit rund 17 Millionen Euro.



Ein Ende der Sperrung ist in Sicht, bald rollen die Bagger, geplante Fertigstellung: 2014.

Meine Tätigkeit als finanzpolitischer Sprecher

Schwarz-gelber Putsch gegen Aufklärungspflicht des Landtags bei Landesbank-Debakel

SPD-Kommissionsmitglieder Inge Aures, Volkmar Halbleib und Dr. Paul Wengert: Skandalöser Umgang der CSU mit wichtigem Kontrollorgan des Parlaments

Der Beschluss von CSU und FDP, dem Landtag die Auflösung der Landesbank-Kontrollkommission zu empfehlen, stellt für die SPD-Vertreter Inge Aures, Volkmar Halbleib und Dr. Paul Wengert einen „skandalösen Umgang mit einem wichtigen Kontrollorgan des Landtags“ dar. „Das ist ein schwarz-gelber Putsch gegen die Aufklärungspflicht des Parlaments und eine Ohrfeige für das Selbstverständnis der Abgeordneten“, protestieren die SPD-Ausschussmitglieder.

Mehr auf der Homepage der SPD Landtagsfraktion Bayern:

<http://www.spd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=15060&nav=aktuell&suchen=Halbleib>

Die Staatsregierung lädt in Bayern geradezu zur Steuerhinterziehung ein **Halbleib: Finanzminister muss endlich für einen Steuervollzug nach Recht und Gesetz sorgen**

Keine Überraschung ist es für den haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib, dass die meisten Steuerhinterzieher, deren Daten auf der aktuellen, von Nordrhein-Westfalen gekauften Steuer-CD zu finden sind, aus Bayern stammen. Nach Medienberichten kommen allein 220 Personen aus dem Raum München. Halbleib: „Durch die seit vielen Jahren dramatische Unterbesetzung der Steuerverwaltung im Freistaat lädt die Staatsregierung in Bayern geradezu zur Steuerhinterziehung ein.“

Mehr auf der Homepage der SPD Landtagsfraktion Bayern:

<http://www.spd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=15068&nav=aktuell&suchen=Halbleib>

SPD kritisiert Entwurf des Doppelhaushalts 2013/14 der Staatsregierung **Haushaltspolitischer Sprecher Halbleib: Widersprüchlichkeiten und hohe Belastung durch Landesbankdebakel**

Der stellvertretende Vorsitzende und haushaltspolitische Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion Volkmar Halbleib kritisiert angesichts des heute vorgelegten Kabinettsbeschlusses die Widersprüchlichkeiten in der Haushaltspolitik der Staatsregierung, am deutlichsten sichtbar bei der sogenannten Schuldentilgung. "Die Schuldentilgung der Staatsregierung ist tatsächlich nur ein Verschiebeparkplatz." So werde die Tilgung wie schon 2012 durch das Zerschlagen der Vorsorge für die Beamtenpensionen finanziert. „Das ist unter dem Strich kein Abbau von Schulden, sondern nur eine Verschiebung von Verpflichtungen, die an anderer Stelle vom Freistaat früher oder später zu erfüllen sind.“

Mehr auf der Homepage der SPD Landtagsfraktion Bayern:

<http://www.spd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=15125&nav=aktuell&suchen=Halbleib>

Aufmerksam: Termine und Veranstaltungshinweise

Die SPD Unterbezirke Würzburg-Stadt und Würzburg-Land,
vertreten durch Prof. Eberhard Grötsch und Fabian Liegmann,
Ihr Landtagsabgeordneter Volkmar Halbleib,
Ihr Bundestagsabgeordneter Frank Hofmann
und Ihre Europaabgeordnete Kerstin Westphal
laden ein zu

100 Jahre SPD in der Semmelstraße 46

Seit 1912 ist die Semmelstraße 46 in Würzburg, heute „**Hansheinz Bauer Haus der SPD**“, Sitz der örtlichen SPD-Gliederungen sowie der SPD-Abgeordneten für die Region Würzburg. Vor hundert Jahren waren hier auch die Büros der Gewerkschaften untergebracht, um eine enge Verzahnung der Arbeiterbewegung zu gewährleisten.

Kaiserreich, Weimarer Republik, NS-Diktatur und schließlich bundesdeutsche Demokratie: die Semmelstraße 46 spiegelt die wechselvolle Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie wieder.

Für uns sind das zwei gute Gründe, weshalb wir dieses Jubiläum nicht unbeachtet lassen wollen. Wir freuen uns daher sehr, mit Dir / mit Ihnen

am So, 30.09. 2012, ab 15 Uhr

im und um das Hansheinz Bauer Haus der SPD dieses Jubiläum zu feiern.

Um 15 Uhr beginnen wir, moderiert von unserer designierten Bundestagskandidatin Homaira Mansury, den offiziellen Teil. Hans-Werner Loew und Walter Kolbow werden uns die Geschichte des Hauses samt Namensgeber näher bringen und ab 16 Uhr feiern wir dann gemeinsam und gemütlich ein kleines Hoffest.

Für Speisen und Getränke ist natürlich gesorgt, Du bist / Sie sind unser Gast. **Um besser planen zu können, würden wir uns über eine kurze Rückmeldung freuen:**

Jutta Henzler, Tel. 0931 51812, jutta.henzler@spd.de

Herzliche Grüße

aus dem Hansheinz Bauer Haus der SPD

04. Oktober 2012, 18.30 Uhr

Unser täglich Gift. Wie die Lebensmittelindustrie unser Essen vergiftet. Film mit anschließender Diskussion u.a. mit Natascha Kohnen, MdL, Generalsekretärin der BayernSPD
Burg-Lichtspiele, Martellstr. 2, Karlstadt

05. Oktober 2012, 19.30 Uhr

Bundewahlkreiskonferenz: Nominierung einer Kandidatin/eines Kandidaten für den Deutschen Bundestag
Felix-Fechenbach-Haus, Würzburg

Mein Team

Martin Bielawski, Organisation
Michael Frank, Pressearbeit und inhaltliche Zuarbeit
Niyazi Akcay, Bürgeranliegen
Max Dörflein

Mein Bürgerbüro

Semmelstr. 46R
97070 Würzburg
Tel.: 0931/59384
Fax: 0931/53030
Mail: buergerbuero-halbleib@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag, 10-16 Uhr

Impressum

Herausgeber: MdL Volkmar Halbleib; Abgeordnetenbüro, Semmelstr. 46R, 97070 Würzburg
Redaktion: Michael Frank